

Wittgensteiner Zeitung

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark. Circulation: Kreis-Verkaufsstelle Nr. 89. Warburger Bank a. G. m. b. H., Niederl. Kaasbche.

Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“
Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Kaasbche.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
Postfachkonto Nr. 404 49 Amt Kln.

Nummer 86

Fernsprecher Nr. 1

Kaasbche, Dienstag den 14. April 1931

56. Jahrgang

Die russische Spionage.

Wie zu der Industriespionage bei den F. G. Jar-
ben-Werken ergänzend gemeldet wird, scheint es den
kommunistischen Vertriebsstellen hauptsächlich darum zu
tun gewesen sein, neuere Apparatefakten und Mit-
teilungen über technische Verfahren verschiedener Art
zu erhalten; auch um Rezepte für Karbolsäure, um
Einzelheiten des Nitro-Lad-Verfahrens und des Harz-
Kofferverfahrens, der Asphaltemassenherstellung und der
Kohleverflüchtigung bemühten sie sich.

Bei der Anknüpfung der Beziehungen spielte
auch der bairische kommunistische Landtagsabgeordnete
Eugen Herbst eine Rolle.

Der Führer in der ganzen Sache war Erich
Steffen, der nicht nur in der Chemietruppe der
R. G. D. tätig war, sondern gleichzeitig auch ein Büro
im Hause der russischen Handelsgesellschaft
hatte, als deren Sekretär er tätig war. Anscheinend
in dieser Eigenschaft organisierte er die Auswanderung
deutscher Facharbeiter nach Rußland. Der für den
Bezirk Frankfurt zuständige Funktionär hat auch Be-
ziehungen zu Chemikern und Ingenieuren der Farb-
werke angeknüpft, die anscheinend ebenfalls auswan-
dern wollten und sich um Stellen in Rußland be-
warben.

Stahlhelm-Beschwerde beim Kanzler.

Magdeburg, 14. April.

Nach einer Mitteilung des Bundesamtes des
Stahlhelms hat der Leiter der Abteilung Volksbe-
gehren beim Bundesamt im Auftrage der Bundes-
führung des Stahlhelms dem Reichskanzler „die größ-
ten Teile der zahllosen bisher schon erfolgten Behin-
derungen des Volksbegehrens „Landtagsauflösung“
durch Behörden auf Grund der Notverordnung über-
mittelt und sein Eingreifen zum Schutze der ver-
fassungsmäßigen Volksabstimmung in Preußen er-
beten.“

Das Stahlhelm-Volksbegehren

Die Eintragungsziffern nach dem ersten Sonntag.

Der erste Eintragungs-Sonntag hat dem Volksbe-
gehren des Stahlhelms auf Auflösung des preussischen
Landtags in Berlin 50 460 neue Unterschriften zu-
geführt. Die Gesamtzahl der Eintragungen beträgt
damit in Berlin 129 399. Beim Volksbegehren gegen
den Youngplan sind in der gleichen Zeit, also in
den ersten fünf Tagen, 93 829 Eintragungen erfolgt.

Aus den übrigen Städten liegen folgende Ein-
tragungsziffern vor: Magdeburg 14 375, Halle 22 275,
Stettin 7238, Kiel 12 584, Frankfurt a. M. 10 638,
Düsseldorf 7876, Koblenz 4000, Weuthen O.-S. 4276,
Königsberg 14 217, Breslau 18 000.

In der Provinz Ostpreußen hat die Zahl der Ein-
tragungen mit dem Sonntagsergebnis das zweite Hun-
derttausend überschritten.

Wohin Frankreichs Politik führt.

Zu einem neuen europäischen Unglück, sagt „Observer“.

London, 13. April.

Die politischen Vorgänge der letzten drei Wochen ha-
ben, wie der diplomatische Korrespondent des „Observer“
schreibt, eine genaue Untersuchung der Lage durch die eng-
lischen diplomatischen Kreise zur Folge gehabt.

Dabei sei man zu dem Ergebnis gekommen, daß die
Lage ernster sei als jemals seit dem Waffenstillstand.

Die Forderung Briand's an Henderson, die Sicherheitsfrage
dem Abrüstungsproblem voranzustellen, die Bestätigung
dieser Tendenz durch Doumergue, der offenbare Wille
Frankreichs, seine Rüstungen zu verstärken und an der mi-
litärischen Ueberlegenheit über Deutschland festzuhalten, hät-
ten in England ernste Besorgnis ausgelöst. Man
habe den Eindruck, daß alle Abrüstungsverhandlungen
überflüssig seien, solange sie sich nicht auf dem Grundsatze
„glaube ich Abrüstung für alle“ stützten.

Die Aufregung in Paris über den Besuch der deut-
schen Minister habe den Engländern die überraschende
Feststellung enthüllt, daß der Quai d'Orsay diesen Besuch als
bedauerlich ansehe, obwohl er denselben freundschaftlichen
Charakter trage wie die früheren Zusammenkünfte zwischen
den Leitern der englischen und der französischen Politik.

Während Frankreichs Politik noch immer mit der Mög-
lichkeit eines Krieges gegen Deutschland rechnet, betrachte
man in England einen solchen Krieg als eine Unmöglichkeit.
Daher habe der bevorstehende Besuch der deutschen Mini-
ster in England allgemein die lebhafteste Befriedigung her-
vorgeufen. Heute sei es ganz klar, daß England ein wirk-
licher Freund Deutschlands wie auch Frankreichs sei.

Die englische Politik zielt darauf hin, eine Isolierung
Frankreichs und auch Deutschlands zu verhindern, das
europäische Gleichgewicht wieder herzustellen, die Sicherheit
auf alle Unterzeichner des Kellogg-Paktes auszudehnen, um
so den Erfolg der nachfolgenden Abrüstungskonferenz vor-
zubereiten. Die von Frankreich verfolgte Politik müßte bald
zu einem neuen europäischen Unglück führen.

Der spanische Thron wankt.

Schwere Niederlage der Monarchie. — Großer republikani-
scher Erfolg bei den Gemeindevahlen.

Madrid, 13. April.

Die Ergebnisse der spanischen Gemeindevahlen bedeuten
einen entscheidenden Sieg der republikanisch-sozialisti-
schen Koalition. In 35 von 50 Provinzialhauptstädten ha-
ben die Republikaner eine Mehrheit gewonnen. Man er-
wartet den Rücktritt des Kabinetts Aznar und die Verkün-
dung des Belagerungszustandes in Madrid.

Die Wahlergebnisse haben in der Hauptstadt, vor allem
in den monarchistischen Kreisen, große Erregung hervor-
gerufen. Die Regierung hat 4000 Mann Bürgergarde zu-
sammengedogen, die im Verein mit den beiden Madrider
Husarenregimenten die wichtigsten Punkte der Landes-
hauptstadt besetzt halten. Die Kavallerie hat auch die Sicher-
ung des Königspalastes übernommen. Ein Regiment von
Alcala bei Madrid hat sich bereit erklärt, dem König persö-
nlich zu schützen. Die Regierung ist von dem republikanischen
Umschwung völlig überrascht worden.

Die größte Ueberraschung hat der Ausfall der Wahlen
in der Hauptstadt Madrid

hervorgeufen, wo 30 Sitze der Republikaner nur 20 Sitze
der Monarchisten gegenüberstehen. Sogar im Wahlbezirk,
in dem das königliche Schloss liegt, haben die Re-
publikaner den Vorsprung. Auch eine Anzahl von kleine-
ren Städten in der Nähe königlicher Schlösser, deren Be-
völkerung zum größten Teil vom Königshofe lebt, hat mit
Mehrheit republikanisch gewählt.

Eine Drohung.

In einer der zahlreichen Versammlungen für die Re-
publik in Barcelona erklärte der katalanische Oberst Ma-
cia, daß dem König nach dem Triumph der Republik
nichts anderes übrig bleibe, als abzudanken. Andernfalls
müsse eine blutige Diktatur aufgerichtet werden, denn das
Volk würde sich erheben. Die Könige, die nicht ihrem Volk
gehörten, müßten auf das Schicksal Ludwigs XVI. ge-
facht sein.

„Geradezu vernichtend“

Graf Romanones über den Wahlausfall.

Paris, 13. April. Graf Romanones erklärte in einer
Unterredung mit einem Pressevertreter, daß das Wahl-
ergebnis geradezu vernichtend sei und für die Regierung
nicht schlimmer hätte ausfallen können. Der Ministerrat,
der ursprünglich am Dienstag stattfinden sollte, trat bereits
am Sonntagabend zusammen, um zu der neuen Lage
Stellung zu nehmen.

Romanones fügte hinzu, daß die von der Regierung
nunmehr einzunehmende Haltung von ungeheurer Bedeu-
tung für die Zukunft des Landes sein werde. Wenn die
Monarchisten heute geschlagen seien, so trage die Schuld
daran lediglich die Diktatur und die schlechte Behandlung,
die die politischen Parteien während dieser Zeit hätten er-
tragen müssen.

Englische Besorgnisse.

Politische Zusammenhänge.

London, 13. April. In den Kommentaren der engli-
schen Presse zu den spanischen Wahlen kommen ernste Be-
sorgnisse um das Schicksal der Monarchie zum Ausdruck.
England hat nicht nur dynastische Interessen.

Es hat König Alfons in seinem Kampf gegen die Re-
publikaner bisher immer unterstützt, die, wie man sagt,
starken Rückhalt bei Frankreich haben. Diese Zusammen-
hänge sind auch für den weiteren Verlauf der Mittelmeer-
verhandlungen nicht ohne Interesse.

Die spanischen Gemeindevahlen wurden mit ungeheurer
Spannung erwartet, da sie die ersten Wahlen nach
Aufhebung der Diktatur bildeten. Sie haben gezeigt, daß
gerade unter dem diktatorischen Regime die republikanische
Bewegung in einem überraschenden Ausmaß gewachsen ist.
Der größte Teil der Provinzialhauptstädte ist republikanisch.
Madrid, die „königliche Hauptstadt“, hat eine republikani-
sche Mehrheit, selbst kleinere Städte melden Siege der Re-
publikaner. Zwar wird, wenn man die Zahl aller gewähl-
ten Stadt- und Gemeinderäte zusammenzählt, immer noch
eine beträchtliche monarchistische Mehrheit herauskommen,
da die Landbevölkerung königstreuer ist. Das Entscheidende
ist jedoch, daß in den wichtigen Städten die Republikaner
nunmehr das Szepter in der Hand haben und auf ganz
legalem Wege zur Herrschaft gelangt sind.

Wenn es sich auch nur um Gemeindevahlen und nicht
etwa schon um die Wahlen zur Nationalversammlung oder
den Cortes handelt, ein unmittelbarer Einfluß auf
Staatsform und Regierung also verfassungsmäßig nicht
möglich ist, so ist das Ergebnis doch von höchster politischer
Bedeutung. Der 12. April hat den Thron schwerer erschüttert als jedes
andere Ereignis zuvor, und es ist fraglich, ob er überhaupt
noch zu retten ist, selbst wenn König Alfons XIII. für seine
Person abdanken würde. Auf jeden Fall sind ernste Aus-
wirkungen der Wahlen zu erwarten.

Regierungskrise in Madrid.

Vor dem Rücktritt der Regierung.

Madrid, 13. April.

Das spanische Kabinett ist zu einem außerordent-
lichen Ministerrat zusammengetreten, um zu der durch
das Ergebnis der Gemeindevahlen geschaffenen politi-
schen Lage Stellung zu nehmen. Nach einer Savas-
meldung aus Madrid rechnet man allgemein damit,
daß das Kabinett seinen Rücktritt erklären wird.

Vor Beginn des Ministerrats wurde Minister-
präsident Aznar von der Presse auf die Gerüchte
über eine bevorstehende Krise hingewiesen. Er er-
widerte, die Krise sei schon da, wenn ein Land, das
sich für monarchisch gehalten habe, sich als radikal
republikanisch herausstelle. Der Ministerrat werde
sicher entscheidende Beschlüsse fassen, und man stehe
vor wichtigen Ereignissen.

In Madrid ging heute das Gerücht um, daß der
Führer der reformistischen Partei, die eine Zusammen-
arbeit mit der Monarchie nicht ohne weiteres ab-
lehnt, Melquiades Alvarez mit der Bildung
einer Regierung beauftragt werden solle, deren Auf-
gabe die Einberufung einer verfassunggebenden Na-
tionalversammlung sein würde. In einer der Presse
übergebenen Erklärung stellt Melquiades Alvarez, der
bekanntlich bei der Februarkrise eine Regierung bilden
sollte, aber von den monarchistischen Kreisen in den
Hintergrund gedrängt wurde, fest, daß er unter den
gegenwärtigen Umständen nicht daran denken könne,
ein Kabinett zu bilden.

Das Land habe den Corteswahlen schon vorgegriffen.

Der Führer der sozialistisch-republikanischen Par-
tei, Alcala Zamora, erklärte in einer Versamm-
lung, seine Partei lehne jede Verantwortung ab für
die Ereignisse, die eintreten würden, wenn die Mo-
narchie dem Willen des Landes, das ein republika-
nisches Regime fordere, Widerstand leiste.

Englands Antrag beim Völkerbund.

Prüfung der Rechtsfrage des deutsch-österreichischen Zoll-
abkommens.

Genf, 13. April.

Die britische Regierung hat in einer am Montag in
Genf eingetroffenen schriftlichen Note an den Generalsek-
retär des Völkerbundes das Ersuchen gerichtet, die Rechts-
frage der Uebereinstimmung des deutsch-österreichischen
Zollabkommens mit den Bestimmungen des Genfer Proto-
kolls von 1922 auf die Tagesordnung der Maiagung des
Völkerbundsrates zu setzen.

Die Note ist ganz kurz und nimmt keinen Bezug auf
irgendeinen Artikel des Völkerbundspaktes. Sie ist nicht
von Henderson selbst, sondern von einem höheren
Beamten des Foreign Office unterzeichnet und läßt durch-
blicken, daß in einigen Ländern Zweifel an der Ueberein-
stimmung des Abkommens mit dem Genfer Protokoll von
1922 entstanden seien.

ohne daß sich jedoch die englische Regierung in dieser
Note diese Zweifel selbst zu eigen macht.

Die politische Osterpause.

Neue Notverordnung nicht vor Mitte Mai.

Berlin, 13. April. Die großen politischen Arbeiten
werden noch nicht in dieser, sondern erst in der nächsten
Woche ihren Anfang nehmen. Der Kanzler kommt erst
am 23. dieses Monats nach Berlin zurück, nachdem er zwei
Tage vorher in Essen vor den Bindthorst-Bünden gespro-
chen haben wird. Dr. Curtius wird vielleicht einige
Tage eher zurückkehren, da am nächsten Sonntag der Zen-
tralverband der Deutschen Volkspartei in Berlin zusam-
mentritt. Früher werden auch Vizekanzler Dietrich und
Reichsarbeitsminister Siegel nicht erwartet. Die
erste Kabinettsitzung wird nach alldem also nicht vor Ende
nächster Woche stattfinden.

Man wird deshalb annehmen müssen, daß die große
Notverordnung, die die erste Aufgabe des Kabinetts nach
den Osterferien sein soll, nicht vor Mitte Mai fertig wird.

Schulspflichtzwang für Autos.

Gefahrenvorschlüsse fertiggestellt.

Berlin, 13. April. Im preussischen Staatsrat hatten
die Arbeitsgemeinschaft, die Staatspartei und die Sozial-
demokraten in einer Anfrage darauf hingewiesen, daß die
Schulspflicht des öffentlichen, privaten und Postauto-Betriebs
dringend einer einheitlichen Regelung bedürfe.

In seiner Antwort teilte der preussische Handelsmini-
ster jetzt mit, daß entsprechende Gefahrenvorschlüsse den Län-
dern demnächst vom Reichsverkehrsminister unterbreitet
würden.

Aus der Heimat

Dienstag den 14. April 1931

Zum Schulanfang

Die Osterferien sind vorüber und mit dem heute beginnenden Schulanfang zieht eine neue Generation von ABC-Schülern in die Hallen der Volkshochschule ein. Schwestern Herzogen gehen mancher Lernanfänger diesen ersten Gang, weil er nun einen großen Teil seiner freien Spielzeit einbüßen muß und ihm auch nach Motters Worten: „Wart nur, wenn du erst einmal in der Schule bist, dann...“ die Ausflüge an der neuen Stätte nicht gerade rosig erscheinen. Doch schon am zweiten oder dritten Tag ändert sich seine Meinung, weil er sieht, daß der Lehrer, den er sich bisher nur mit dem Stock in der Hand hat vorstellen können, doch recht gut zu ihm ist. Hat der Lehrer das Vertrauen seiner Kleinen, dann geht es frisch an die Arbeit.

Für die Erzieher, die schon an die Schule gewöhnt sind, beginnt auch ein neuer Abschnitt: die neue Klasse. Auch hier gilt es, sich den neuen Verhältnissen, dem neuen Lehrer anzupassen.

Daß die Aufbauschule ebenfalls den Unterricht wieder aufnimmt, machte sich schon gestern bemerkbar. Die bunten Mägen waren wieder zu sehen. —

Nun heißt es für alle, wieder fleißig sein. Nur mit Fleiß und Ausdauer läßt sich wie jetzt in der Schule auch später im Leben etwas erreichen. Darum mit frischen Kräften ans Werk!

April und der Maikaiser

Gestern hat der April seinem Ruf, wetterwendisch zu sein, wieder einmal alle Ehre gemacht.

Das war ein schönes Durcheinander! Ueber fehlende Abwechslung wird sich wohl kaum einer beschweren. In diesem Augenblick schien noch die Sonne, dann blies schon ein kalter Ostwind. Und der Himmel sah herein, als ob er das Nachsehen für immer verlernt habe. Auch mit Regen wartete er auf.

Zur Mittagszeit erlaubte der April sich sogar den Schabernack, es „dufter“ werden zu lassen. Man konnte wirklich glauben, die Dämmerung wäre hereingebrochen, und in verschiedenen Häusern war zu beobachten, wie die Familien beim Lampenschein ihr Mittagessen einnahmen. Als dann setzte ein starkes Schneetreiben ein.

Die Kontrastwirkung war um so größer, als am vorhergehenden Sonntag die Sonne es sehr gut meinte und die erwachenden Wittgensteiner Wiesen und Wälder in Frühlingsglanz hüllte.

Wenn es aber auch gestern mittag zeitweise so aussah, als ob der Frühling sich wieder einmal für längere Zeit verziehen wollte, so ließen wir doch auf unserer Redaktion die Hoffnung nicht fahren.

Ein kleiner Freund unseres Blattes besuchte uns nämlich. Er hielt zunächst wortlos ein Streichholzschächtelchen hin, in dem sich ein Maikaiser befand. Mit diesem hatte es eine besondere Verwandtschaft, denn der kleine Hans-Gerd meinte: „Der soll in die Zeitung!“ Der braune Gefelle tat uns zu leid, ihn der zermalenden Wirkung der Druckmaschine zu überlassen. Deswegen hat der Hans-Gerd ihn wieder mitgenommen. Er wird sich freuen, wenn er ihn als erstes Exemplar heute beim Schulanfang den staunenden und vielleicht etwas neidischen Schulkameraden zeigt. — Der Maikaiser hat uns aber die elegische Stimmung über die Unzuverlässigkeit des Frühlings betriebe. Wenn es auch nur ein Maikaiser war, Hans-Gerd und der Maikaiser waren für uns auch Frühlingsboten. Denn wenn der Maikaiser da ist, darf der Mai nicht mehr lange ausbleiben.

Frühjahrsvollversammlung der Arnberger Handwerkskammer in Altena

Der Vorsitzende, Landtagsabgeordnete Rührnermeister Wurm-Lübberscheid stellte zu Anfang der am 8. April stattgefundenen Versammlung die ordnungsmäßige Einladung fest und begrüßte die Erschienenen. Als neues Vorstandsmitglied wurde Herr Schmiedemeister Dahmann-Menden durch Zutritt gewählt.

Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1931/32 wurde in Einnahme und Ausgabe positionsweise eingehend durchgesprochen und alle Sparmöglichkeiten genauestens geprüft. Er fand in der Form einstimmig Annahme, in der er vom Vorstand vorgelegt worden war. Die Gesamtsumme ist um 10 000 Mk., die Umlage der Gemeinden um 5000 Mk. gesenkt worden.

In der Aussprache über den gedruckten vorliegenden Geschäftsbericht wurde die Kammer gebeten, bei den Sparmaßnahmen auf milde Behandlung in Schwierigkeit geratener Schulden hinzuwirken. Sie soll sich ferner für Herabsetzung der Zinsen und für die Bereitstellung zweier Hypotheken einsetzen. Es wurde gerügt, daß in der Frage der Doppelverdiener zu wenig geschieht. Man wünschte, daß die Handwerksorganisationen einen größeren Einfluß auf die Hausfrauen und ihre Organisationen nehmen. Sehr ausführlich wurden Berufsschulfragen besprochen und insbesondere die Schwierigkeiten hervorgehoben, die der Zusammenlegung von Schulen und der Beschäftigung fachlich vorgebildeter Lehrkräfte entgegenstehen. An Hand der Statistik über das Lehrkräftewesen wurde die Kammer gebeten, alles zu tun, damit eine Ueberdeckung vermieden wird. Schließlich wurde Auskunft über die Bevorschussung von Bauparabträgen und über die Stellung der Kammer zum Zugabeverbot verlangt und gegeben.

Wetterausichten für Mittwoch: Wechselnd bewölkt und Neigung zu Regenschauern, leichte Abkühlung.

Neues vom Tage

Meinungsminister Dr. Wirth wurde am Montag vom Papst empfangen.

Der Leiter der Abteilung Volksbegehren des Reichshelms hat dem Reichstanzler Fälle der Behinderung des Volksbegehrens übermittelt und den Schluß der verfassungsmäßigen Volksabstimmung in Preußen erbeten.

In sämtlichen Braunschwiger Schulen sind die kreisenden Schüler wieder zum Unterricht erschienen.

Am Verlauf des Kürten-Prozesses schiederte der Angeklagte die einzelnen Mordtaten. Die Verhandlung wurde dann, da Kürten erschöpft war, auf Dienstag vertagt.

Laasphe:

* Das Stahlhelm-Konzert. Die Ortsgruppe Laasphe des Stahlhelm B.d.G. hat, wie schon berichtet, für Sonntag den 19. April die gesamte Stahlhelm-Kapelle des Gaues Altmarkt in einer Stärke von 40 Mann unter der bewährten Leitung von Herrn Musikmeister Bornkamp zu einem großen Sonderkonzert verpflichtet. Die Konzertfolge bietet Streichmusik, Militärmusik mit Orchester- und Fanfarenmärschen und als Einlagen Männerchöre a capella. Es steht also wiederum den Freunden alter Militärmusik ein reichhaltiges und ausserordentliches Konzert in Aussicht, dessen Besuch einem jeden nur empfohlen werden kann. Ein bestimmter Betrag wird auch dieses Mal dem Volksbund zur Unterstützung der Kriegsgräberfürsorge zur Verfügung gestellt. Ueber die Leistungen der Kapelle schreibt die „Salzweber Zeitung“: Die Stahlhelm-Kapelle Gau Altmarkt gab gestern im Schützengildehaus ein großes Konzert, das an die alte Zeit der Treppenfeld-Männen erinnerte. Kein Wunder, der große Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Wie ein Sturm fuhr zur Eröffnung der Marsch „Germanentreu“ durch den Saal und leitete ein Programm ein, das die Zusammenstellung durch fundige Hand beriet, so daß auch musikalische Feinschmecker voll auf ihre Kosten kamen usw. — Die Leistungen dieser Stahlhelm-Kapelle standen in großer Höhe und verdienten den ehrlichen rühmenden Beifall, der immer wieder neue Zugaben forderte. Keine größere Freude könnte es für Salzweber sein, als diese Kapelle wie in Aussicht steht, im Laufe des Jahres des öfteren hier zu hören.

* Große Kundgebung der S.M.-Leute am Sonntag in Laasphe. Wie wir erfahren, werden am kommenden Sonntag morgen aller Voraussicht nach etwa 500 bis 700 S.M.-Leute hier in Laasphe eine Kundgebung veranstalten. Danach soll auch am Nachmittag in Feudingen eine ähnliche Demonstration stattfinden.

* Der Druck des Zeitungswassers ließ in der Bahnhofstraße in letzter Zeit zu wünschen übrig. Nun hat man durch Abhören in genannter Straße zwei undichte Stellen entdeckt: ein Kleinhohrloch und eine Undichtigkeit an einem Hydranten, die gestern wieder behoben wurden.

** Bernershausen. Die Gemeindevertretung tagte am 10. April unter dem Vorsitz des Gemeindevorstehers Weber. Anwesend waren sämtliche Gemeindevertreter und einige Zuhörer. Als erster Punkt wurde die Jahresrechnung 1929 mit 35 805,33 Mark in Einnahme und einer Ausgabe von 20 611,41 Mark, mithin ein Bestand von 15 193,92 Mark in das Rechnungsjahr 1930 übernommen. Dem Rendanten wurde einstimmig Entlastung erteilt. — Die gewährte Anleihe an die Gemeinde Niederlaasphe soll nach längerer Aussprache eine anderweitige Regelung erfahren. — Dem Verkauf einiger Grabenpflanz-Parzellen und dem Ankauf von Wiesenteilen von Heinrich Aufschbach und Fr. Weber wurde zugestimmt, da durch Erweiterung eines Weges die fraglichen Parzellen benötigt würden. — Gegen die Umgegendung von Grundstücken in den Gutsbezirk erhob die Gemeindevertretung energischen Protest, da auch Teile von Grundstücken der Fischereigerechtsame in Frage kommen. Der Herr Landrat soll gebeten werden, an der nächsten Sitzung teilzunehmen, um sich von der Unzulänglichkeit zu überzeugen. — Zwei weitere Anträge auf Erlass von Steuer fanden eine anderweitige Regelung. — Die kleinere Bollenwiese wurde auf sechs Jahre an Roth weiter verpachtet. — An den Gemeindeflächen am Gottelsberg sollen einige Morgen Fichten gepflanzt werden. Das anfallende Brennholz wird an Dorfeingewesene abgegeben. — Die Verpachtung der übrigen Gemeindeflächen soll neu vorgenommen werden. — Es wurde ferner vorgeschlagen, daß die Fischereigerechtsame in der Gemeinde zu Arbeiten an den Wegen und zur Neubepflanzung von Grundstücken herangezogen werden. Zu der Frage, ob ein Durchlaß bezw. das Umpflastern einer Grabenrinne vorgenommen werden soll, soll Herr Straßmeister Schmidt hinzugezogen werden.

** Feudingen. Gemeindevertretersitzung. Am Samstagabend fand unter dem Vorsitz von Herrn Gemeindevorsteher Kuhl eine Sitzung der Gemeindevertretung statt. Alle Gemeindevertreter waren anwesend. Zur Besprechung standen zunächst drei Anträge von Erwerbslosen auf Beschäftigung bei der Gemeinde an vier Tagen in der Woche. Diesen Anträgen wurde entsprochen. — Ebenfalls bewilligt wurden dann drei Anträge auf Gewährung der Wohlfahrtsunterstützung. — Der Wunsch eines Erwerbslosen, die ihm bisher gezahlte Unterstützung zu erhöhen, konnte nicht erfüllt werden und wurde darum abgelehnt. — Unter dem Punkt „Verschiedenes“ stand zuerst zur Verhandlung ein Antrag auf Ermäßigung der Pacht für eine Wiese am Hermannsberg. Dieser Antrag fand aber nicht die Zustimmung der Vertretung. Ferner lag ein Gesuch um Abgabe eines Bauplatzes „Auf der Ehor“ vor. Da der Antragsteller unbemittelt ist, und er 3. St. mit seiner großen Familie in einem kleinen, kaum bewohnbaren Hause leben muß, konnte sich die Gemeindevertretung seiner Bitte nicht verschließen. Sie beschloß darum, in Anbetracht der hier vorliegenden Notlage, den gewünschten Bauplatz unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

** Dohlar. Wieder ein Waldbrand. Am Sonntagmittag gegen 1 Uhr brannte ein Fichtenbestand in der sog. Heiligen Seite bei Dohlar, und da bei dem trockenen Wetter eine große Ausdehnung des Feuers angenommen werden mußte, hatte man auch die Verleburger Freiwilligen Feuerwehr zur Bewältigung des Brandes herangezogen. Als diese auf der Brandstelle eintraf, waren die Wehren von Dohlar und Raumland bereits anwesend, und den vereinten Bemühungen gelang es, das gierige Element an einer allzu großen Ausdehnung zu verhindern. Zum Opfer fielen ihm trotzdem etwa 5—6 Morgen 10- bis 12-jähriger Tannen. Man glaubt, daß das Feuer durch Funkenauswurf der Lokomotive seine Entstehung gefunden hat. Die Brandwache übernahm die zuständige Feuerwehr Raumland. Herr Kammerdirektor Reinhard dankte allen für die erteilte Hilfeleistung.

** Verleburg. Die Frauenvereine Verleburgs haben gemeinsam beschlossen, ab 1. Mai 1931 nur den gesetzlichen Anteil der Sozialversicherungen für die Hausangestellten zu zahlen.

** Arfeld. Amtsversammlung gegen die Amtierzusammenlegung. Herr Bürgermeister Peußner eröffnete die gut besuchte Versammlung und begrüßte die erschienenen Amtsabgeordneten. In kurzen, sachlichen Ausführungen betonte er, daß wiederum die Versammlung über die tief einschneidende Frage der Amtierzusammenlegung zu beraten und zu beschließen habe. Nachdem noch

einmal die früher gefaßten Beschlüsse erörtert worden waren und über die gegenwärtige Lage Klarheit herrschte, wurde der Punkt zur Aussprache gestellt. Im wesentlichen trat hierbei in unveränderter Form die scharfe Ablehnung gegen die Zusammenlegung in drei Ämtern hervor. Den minimalen Einsparnissen in der Verwaltung wurde Rechnung getragen und dem gegenübergestellt, daß von mancher Seite die Amtsverwaltung als Zwischenverwaltung der Gemeinde und des Kreises angesehen und als überflüssig erachtet werde. Gegen diese Anschauung, die sich gegen die Verwaltung durch die Ämter allgemein richtet, wurde energisch Front gemacht. Die Herren Gemeindevorsteher bekräftigten, daß sie in den Bürgermeistern der Ämter ihre treuesten Freunde in der Verwaltung verlieren und die Ausschaltung dieser Verwaltungsglieder als schwerste Gefahr ansehen müßten. Zu der so oft angegriffenen Verteuerung der Verwaltung durch die Ämter erklärte Herr Bürgermeister Peußner, daß sich diese gegenüber der Vorriegezeit wohl um das Zweieinhalbfache erhöhe, dabei werde aber in den wenigsten Fällen beachtet, daß allein die Volksschulkassen in der gleichen Zeit auf das 70fache angewachsen seien. Außerdem sei mit vermindertem Personal eine wesentlich höhere Arbeitslast zu bewältigen, wie dies früher der Fall gewesen sei. Die Abgeordneten der entlegenen Gemeinden verwiesen von neuem wieder auf die großen Zeitaufwendungen, verbunden mit Unkosten der verschiedensten Art, die ihnen mit der Verlegung des Amtssitzes entfallen würden. Gegenüber den anderen Gemeinden würden sie auf diese Weise eine bedeutende ungerechte Mehrbelastung haben. Einstimmig wurde auch scharfstens verlangt, daß, wenn die Zusammenlegung dennoch erfolgen sollte, auch die Gutsbezirke in voller Höhe für die öffentlichen Lasten herangezogen werden müßten, da in keinem Falle die Dorfbewohner wirtschaftlich besser gestellt seien, als die Eingepfunden der Gutsbezirke. Die Abstimmung ergab, daß der Plan der Amtierzusammenlegung mit Auflösung des Amtes Arfeld gegen 3 Stimmen und vier Enthaltungen abgelehnt wurde. In den Beschlüssen wurde eine Resolution angehängt, in welcher dargetan wird, daß die Amtsversammlung einstimmig den Standpunkt vertritt, daß die Gutsbezirke reiflos mit der Lastenanteile der anderen Gemeinden gleichzustellen sind. Als zweiter Punkt stand der Haushaltsplan 1931 zur Beratung. Da der Etat schon des öfteren überprüft war, wurde von einer nochmaligen Beratung abgesehen und derselbe auch mit Rücksicht darauf, daß man nicht weiß, wie lange der Haushaltsplan überhaupt noch besteht, genehmigt wurde. Die Summe balanciert mit 61 412 RM., als Lasten für die Gemeinden gelten hierbon 43 744 RM. Dem Vorjahre gegenüber ist der Etat um 3542 RM. niedriger. Der Wohlfahrtsausgabenposten ist veranschlagt mit 46 500 RM. gegenüber 37 300 RM. im Vorjahre. Die sich aus dem Haushaltsplan ergebenden Fehlbeträge werden zur Hälfte durch die Einkommen-, Körperschafts- und Realsteuer gedeckt. Die sich aus der Heranziehung des fiktiven Grundbesitzes zur Grundvermögenssteuer in den einzelnen Gemeinden ergebenden Beträge unter 200 RM. fallen an den Sitz der fiktiven Hauptverwaltung, also an die Stadt Laasphe. Ein Fünftel von allen Beträgen über 200 RM. muß ebenfalls an die Stadt Laasphe abgeführt werden. Laasphe erhält dadurch einen bedeutenden unberechtigten Steuerzuwachs. Herr Bürgermeister Peußner erklärte, daß Herr Landrat Drosch bereits Schritte bei den Ministern unternommen habe und er selbst an den preussischen Landgemeindevater herangetreten sei. Gesehlich ist in dieser Frage kaum etwas zu tun, wenn mit der Stadt Laasphe, die für das Amt Arfeld in Betracht kommt, keine Einigung erzielt wird. (Wittg. Kreisblatt.)

— Simmersbach. Flugzeuglandung auf dem Telephonbalken. Am Freitag nahm der Flug eines Segelfliefers ein unerwartetes Ende. Der Flieger war auf der Hirsenhainer Höhe in westlicher Richtung gestartet und hatte in annehmbarer Höhe das Tal der Simmersbach bereits überquert, als seine Maschine plötzlich niederging und sich in den Drähten der neben der Landstraße herlaufenden Telephonleitung hing. Hier blieb das Flugzeug mit dem Starthaken an der Spitze der Masten hängen. In der Befürchtung, daß die Maschine ohne Belastung noch sich überschlagen würde, hatte der Insasse in seinem luftigen Höschen solange aus, bis Leute zur Hilfe herbeigeeilt waren. Einige Beherzte erkletterten den verhängnisvollen Mast und holten Flugzeug samt Flieger sicher auf die feste Erde zurück.

— Simmersbach. 6 Wagenladungen Stroh durch Feuer vernichtet. Wohlthätig ist des Feuers Macht! — dieser Auffassung waren am Mittwochabend auch einige junge Simmersbacher Burischen. Hatte Achenbach am gleichen Abend schon seine Sensation, warum sollte sie Simmersbach nicht auch beschließen sein? Hinter „Eintracht“ Haus war eine gewaltige Strohmitte von ca. sechs Wagenladungen aufgeschapelt. Wie herrlich müßte doch ein Feuer in dunkler Nacht sein! Ein Streichholz flammte auf, und bald rötet mächtiger Flammenschein den nächtlichen Himmel. „Feuer, Feuer!“ gellt es durchs nachtschlafende Dorf, die Brandglocke läutet, die Freiwillige Feuerwehr, kaum vom Brandherd in Achenbach zurückgekehrt, rassist mit der Spritze heran, muß aber resigniert feststellen, daß ein Eingreifen ähnlich wie in Achenbach nicht mehr erforderlich war. Die Urheber der nächtlichen Aufrüstung sucht man noch heute.

— Bischoffen. Der Streit um ein Hindenburg-Bild. Vor kurzem wurde von hier berichtet, daß auf Veranlassung der zuständigen Behörde in Biedenkopf, des Schulrats Tägner, in der Schule zu Bischoffen das Bild des Reichspräsidenten von Hindenburg entfernt worden sei und zwar mit der Begründung, weil das Bild den Reichspräsidenten als kaiserlichen Feldmarschall darstellte. Auf Anfrage teilt die Regierung in Wiesbaden, Abteilungs für Kirchen- und Schulwesen, nunmehr folgendes mit: „Das Bild des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg in der Schule zu Bischoffen ist, wie die Ermittlungen ergeben haben, nicht auf Anordnung des Schulrats Tägner in Biedenkopf entfernt worden. Diese angebliche Anordnung war der Regierung übrigens von vornherein bei der gesamten Einstellung des Schulrats zur Frage der Beschaffung von Reichspräsidentenbildern in Schulen, auf deren Notwendigkeit er sogar in einer Rundverfügung in seinem Schulbezirk gelegentlich hingewiesen hat, unabweisbar. Wenn die Abnahme des Bildes in Bischoffen ohne Wissen des Schulrats erfolgt ist, so geschah es in der Absicht, ein neues Bild des Reichspräsidenten zu beschaffen, da die Unterzeichnung des in Frage stehenden Bildes, das übrigens noch aus der Kriegszeit, nicht aus der Zeit der Reichspräsidentenschaft stammt, nach den ministeriellen Vorschriften zu beanstanden war. Das neue Bild wird demnächst in der Schule aufgehängt werden.“

Ueber das Wirtschaftsleben des Kreises Wittgenstein

Schreibt die Sieg. Zig.:

Die Aufwendungen für Wohlfahrtsfürsorge im Kreis Wittgenstein in dem abgelaufenen Etatsjahr haben das Doppelte betragen gegenüber dem Voranschlag. In der Wohlfahrtsfürsorge befinden sich zurzeit 500 Personen, die Zahl der Wohlfahrtsverursacher beträgt 225. Wenn auch in Anbetracht der wärmeren Jahreszeit und der beginnenden Frühjahrseinstellung eine Besserung der Arbeitslage eintreten wird, so wird das lediglich eine Folge der vermehrten Tätigkeit der Landwirtschaft sein. Irgendwelche Anzeichen einer durchgreifenden allgemeinen Besserung in der Industrie sind noch nicht zu erkennen.

Holzwaren-Fertigungsindustrie

Die früher hauptsächlich im nördlichen (Verleburger) Teil des Kreises stark vertreten war, liegt sehr darnieder. Eine Reihe großer Unternehmen dieser Branche (Seitern, Handwagen, Haus- und Küchengeräte aller Art) ist in den letzten Jahren zum Erliegen gekommen, weil sie sich gegenüber den großen maschinell modern eingerichteten Fabriken in fruchtlich viel günstiger gelegenen Gebieten nicht behaupten konnten. Dieser Zusammenbruch größerer Firmen, beispielsweise der Firmen G. Koch, Verleburg, Androsius & Friedrich, Verleburg, ist durch die letzten Krisenjahre beschleunigt worden, hätte sich aber auch in normalen Zeiten schrittweise aufhalten lassen, weil der Vorrang der großen, auf Massenfabrikation rationell eingerichteten Fabriken nicht mehr eingeholt werden konnte. Auf diesem Wege der Rationalisierung ist auch die früher berühmte Hausindustrie in Haushaltungsgegenständen aller Art bis auf wenige Ueberbleibsel in der Verleburger Gegend ausgestorben.

Sägewerksbetrieben

Ist hier und da eine geringe Belebung festzustellen. Die Abfälle in Grubenholz waren etwas besser als in den Vormonaten und der saisonmäßige Frühjahrbedarf in Bauholz macht sich, wenn auch in beschränktem Umfang, bemerkbar. Die Betriebe für Holztauben und Ruten sind verhältnismäßig gut beschäftigt. Das Geschäft in Margarinefässern, hauptsächlich nach Holland und Finnland, hat sich etwas gebessert, allerdings sind die Preise sehr gedrückt. Die Lohnkosten, die Höhe der Selbstkosten steht unter dem Druck der noch zu hohen Preisen vorgekommenen Holzsteigerungen. Die scharfe Konkurrenz macht es unmöglich, diese hohen Preise in den kalkulierten einzuführen. Es müssen die größten und vertriebsfähigen Leistungen gemacht werden, um die Selbstkosten den scharfen Auslandspreisen anzupassen. Das gleiche gilt auch von den Schuhschleifern, die im scharfen Preiswettbewerb stehen und in den vergangenen Wintermonaten, in Anbetracht der allgemeinen Wirtschaftslage, noch verhältnismäßig befriedigend beschäftigt waren. Der Auftragsbestand hat sich etwas gebessert, so daß teilweise volle Beschäftigung eintreten konnte.

Tarnen * Spiel * Sport.

Fußball.

Schachhelden 1. — Heffelsbach 1. 1. 5.
Schachhelden 2. — Heffelsbach 2. 2. 1.

Briefkasten der Schriftleitung.

Herrn G. in Laasphe. Warum so päsig? Ihre Darstellung ergibt den Sachverhalt, wie wir ihn geschildert haben. Woher da die Aufregung? Zumal auch Sie sich über das von uns Gerüchte einig zu sein scheinen, daß der Auswärtige in sehr rascher Fahrt die Kurve genommen hat. Wenn Sie sich beschweren zu müssen glauben, dann aber in einem andern Ton, wie es sich für einen anständigen Menschen gehört!

Zum Kürtenprozeß

Man sollte es nicht für möglich halten. Aber es ist wieder einmal trotz aller Hinweise mancher verständiger Zeitungsverleger traurige Tatsache geworden. Eine gewissenlose Berichterstattung füttert die Leserschaft mit den kleinsten Einzelheiten aus dem Leben und Morden des Massenmörders Kürten in Düsseldorf. Schon Wochen vorher hat es sich gezeigt. Bilder von Kürten und seiner Frau wurden gebracht. Hinweise auf die Mordtaten des Massenmörders. So schien es, als ob die Einzelheiten, die Kürten seine Opfer umgebracht hat, für das deutsche Volk lebenswichtig seien. Eine gewisse Presse sorgte dafür, daß diese Sachen immer schon warm im Gedächtnis blieben. Sie gab ab und zu „belebende“ Aufzüge über dieses Thema.

Nun hat gestern die Verhandlung gegen den Mörder begonnen. Die Auswärtige der Sensationsberichterstattung zeigen sich in manchen Blättern jetzt wieder in ganz trasser Form. Eine benachbarte Zeitung bringt den Vorbericht z. B. in folgender Weise: Auf der ersten Seite steht in großen Buchstaben in Fettdruck, sozusagen freudig erregt:

„Der Kürtenprozeß beginnt!“

Bilder und Text umseitig.

Umseitig wird dann eine ganze Seite mit riesiger Ueberschrift diesem „erquicklichen“ Thema gewidmet. Nicht mehr als fünf Illustrationen „zieren“ den Text.

Wir fragen uns: Ist so etwas nötig? Muß man einem Menschen eine detaillierte Beschreibung schenken? Die schrecklichen Taten des Mörders sind doch erwiesen. Wem ist damit gebietet, daß in wochenlangem Verfahren die „Feinheiten“ einer Mörderseele ausgebreitet werden? — Auch uns sind die Bilder von Kürten, seiner Frau, von der Gerichtsverhandlung zugegangen, auch bei uns sammelt sich der von unseren Nachrichtenbüros zugeleitete Stoff über den Mordprozeß an. Wir verzichten bewußt auf alles das, was in der Uebersetzung, daß unsere Leser unseren Standpunkt verstehen werden. Wir trauen unserer Leserschaft nämlich zu, daß sie gerne auf diese Schaulustigkeiten verzichtet, wenn ein Urteil verhängt ist, erscheint es uns früh genug, den Spruch der Richter zu bringen.

In der Gießerei- und Eisenindustrie

sind die beiden großen Betriebe in Friedrichshütte und Almalienhütte wohl in Betrieb, aber nur schwach beschäftigt. Selbst unter Berücksichtigung, daß in diesen Monaten erfahrungsgemäß Geschäftstillstände herrschen, ist der Absatz zurzeit unter aller Kritik trotz größter Bemühungen um den Verkauf. Eine kleine Belebung macht sich geltend im Exportgeschäft, namentlich nach Holland, das in der Hauptsache als Ausfuhrgebiet in Frage kommt. Es ist klar, daß gerade das Ofengeschäft sehr empfindlich ist gegen Konjunkturschwankungen, und die geschwundene Kaufkraft der breiten Masse stark in die Erscheinung tritt. Dabei beeinflusst die Konkurrenz in Blechherden den Absatz und auch die Preise, weniger der Wettbewerb der Elektrizität. Solange nicht ein Strompreis von 2—3 Pfg. je kWh erreicht wird, ist eine fühlbare Konkurrenz durch elektrische Koch- und Heizanlagen nicht zu fürchten. Die überhöhten Preisentwertungen der Regierung hat sich auch im Ofengeschäft als totaler Fehlschlag herausgestellt. Es ist klar, daß in einem so abgelegenen und abgeschlossenen Wirtschaftsbereich, wie es der Kreis Wittgenstein ist, eine vorläufige Lohnpolitik betrieben werden muß, denn es liegt auf der Hand, daß ein solches Gebiet, wo zudem die Selbstkosten durch die ungünstige geographische Lage und die Höhe der Vorkosten für die Rohware sehr ungünstig beeinflusst werden, nicht mit großen und fruchtlich, zu den Hauptabnehmern günstiger gelegenen Wirtschaftsbereichen mithalten kann.

In der

Kleinmetallindustrie

(Striegel- und Bügeleisenfabrikation) ist die Beschäftigung schwach, teilweise besser ist sie in den Bettfedern- und Textilfabriken.

Die Nöte der

Forstwirtschaft.

Die normalerweise 500 Arbeiter beschäftigt, halten unermindert an. Einerseits ist es der verheerende Abzweig, andererseits die unzureichenden Holzpreise, die heute etwa die Hälfte betragen gegenüber Normalpreisen. Der Einschlag wird weiter erheblich eingeschränkt, womit am besten der Wert des Waldes erhalten bleibt.

Es ist zu begrüßen, daß die Bestrebungen zur Verbilligung der Produktion und der Wirtschaftlichkeit der Betriebe wirksam und allen Ernstes unterstützt werden durch die in Angriff genommene

Drosselung der öffentlichen Verwaltungskosten.

In dieser Hinsicht ist der Beschluß des Kreisauausschusses zu begrüßen, die seitherigen fünf Ämter des Kreises auf zwei hauptsächlich verteilte Ämter zusammenzulegen, wozu noch das kleine ehrenamtlich verwaltete Amt Erndtebrück kommt: ein wesentlicher Vorteil, wenn auch die Ämter im Kreisrat durch die zunehmenden Kreisrat-Unterhaltungskosten und vor allen Dingen durch die hohen Wohlfahrtskosten immer noch sehr hoch bleiben.

Aus Nah und Fern.

— Zum Volksbegehren eingetragen hatten sich bis Sonntag in Marburg (auschl. Odershausen) 1350. Im Distrikt: Dillenburg 478 (Himmelsbergricht 4150), Herborn 352 (3500), Haiger 253 (1750), Gieselshausen 236 (930), Stralsberg 52 (890). Im Kreis Biedenkopf: Biedenkopf (bis gestern vormittag 11 Uhr) 167, Breidenbach 15 (700), Gladenbach 18 (1100), Wallau 99 (1430). Im Kreis Siegen: Siegen 2550, Weidenau 659. — Die Listen zum Volksbegehren waren in der Gemeinde Rostbach, Kr. Marburg, „geöffnet“ worden, es herrschte deshalb große Aufregung unter den biedernden Bewohnern des Dorfes. Wie sich nunmehr herausgestellt hat, sind die Listen wieder an Ort und Stelle, da sie nie „verlegt“ waren. — Die Eintragungen betrugen in Berlin 129 391, Frankfurt 10 638 und Kassel 1856.

— Kassel. Verwegener Raubüberfall auf eine Bank. Gestern morgen wurde auf der Zentrale der Deutschen Bank am Bahnhof Wilhelmshöhe ein dreierlei Überfall verübt. Drei junge Burschen, die schwarze Masken trugen, traten in den Vorraum und hielten den Beamten sofort eine Pistole vor mit dem Rufe „Hände hoch!“ Der Beamte sprang geistesgegenwärtig auf, ergriff einen Stuhl und schlug damit dem die Pistole haltenden Räuber auf den Kopf, wobei dessen Hut herunterfiel. Dann sprang der Beamte über den Schalter hinweg auf die Räuber zu. Einer der Burschen feuerte sofort auf den Beamten, ohne ihn jedoch zu verletzen. Die Kugel ging aber dem Beamten durch Kopf und Nase in Höhe der Hüfte. Als die Räuber weiter schießen wollten, hatte er eine Ladehemmung, worauf beide Burschen auf die Straße flüchteten. Hier bestiegen sie einen roten Opelwagen und fuhren in rasendem Tempo davon. Der am Bahnhof postierte Schutzpolizist hatte den Schuß gehört und war sofort zur Bank geeilt. Er konnte jedoch die Flucht der beiden Räuber nicht mehr verhindern, da sie bereits bei seiner Ankunft davongefahren waren. Der Beamte konnte nur noch die Nummer des Wagens, ein I T 23 471 feststellen, die auch von dem Bankbeamten bereits erkannt war. Das sofort alarmierte Ueberfallkommando konnte den Wagen nicht mehr einholen. Der zu der Zeit benutzte Wagen war am Freitagabend auf dem Kaiserplatz gestohlen worden.

— Kassel, 14. April. Das Große Schöffengericht verurteilte den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Gottfried Feder wegen Vergehens gegen das Republikstrafgesetz zu einem Monat Gefängnis. Das Vergehen wurde erblickt in verschiedenen Aufregungen, die Feder im August in Wahlversammlungen in Kassel und Hanau gemacht hat.

— Auf dem Wege in die Kirche verunglückt. Ein Verkehrssauto mit Kommunionkindern und deren Angehörigen fuhr von dem kleinen Dorfe Thum (Kreis Dören) zur Pfarrkirche nach Berg. Auf der Rückfahrt geriet der Wagen unmittelbar vor Berg in einer Kurve ins Schleudern und stürzte um. Von den etwa 60 Insassen trugen ein Mann, vier Frauen und zwei Kinder sehr schwere und fünf weitere Personen leichtere Verletzungen davon. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt, doch scheint es nicht ausgeschlossen, daß durch die zahlreichen im Wagen stehenden Personen das Schleudern des Autos herbeigeführt wurde, so daß es dem Wagenführer nicht möglich war, die Kurve zu nehmen.

— Kraftwagen in Kanal gestürzt. In der Nähe von Aßen (Holland) stürzte ein Privatkraftwagen mit vier Insassen in den Kanal. Da Hilfe zu spät kam, konnten nur noch die Leichen geborgen werden.

— 127-Jährige gestorben. In der Gemeinde Proslupje (Südbawien), ist die älteste Frau Jugoslawiens, eine Bäuerin, im Alter von 127 Jahren gestorben.

— Helikopterflug abgelehnt. Das Flugzeug „Kreuz des Südens II“, in dem Kingsford Smith seinen Rekordflug England—Australien ausgeführt hatte, stürzte bei Sidney ab und wurde vollständig zertrümmert. Die beiden Insassen wurden getötet.

— Der größte holländische Dampfer aufgelaufen. Der größte holländische Dampfer „Statendam“, ein Schiff von 29 511 Tonnen, geriet unweit der Reede von Southampton auf eine Sandbank. Um seine Flottmachung bemühten sich mehrere Schleppdampfer.

— Neun Bergarbeiter schwer verbrannt. In einem Schacht der Measham-Grube (Grafschaft Leicestershire) ereignete sich eine Gasexplosion. Von der 73 Mann starken Belegschaft erlitten neun Bergarbeiter schwere Brandwunden.

— Ueberflutungen im südöstlichen Kleinasien. Der Fluß Seihun im südöstlichen Kleinasien führt Hochwasser. Sechs Dörfer sind vollständig überschwemmt. Auch in Adana haben die Fluten in den tiefer gelegenen Stadtteilen Schaden angerichtet.

— Jugentgleisung in Kanada — 29 Verletzte. Bei Edson, westlich Edmonton in Kanada, entgleisten mehrere Wagen eines Passagierzuges und stürzten eine Böschung hinab. 29 Passagiere wurden verletzt.

— Mutiges Verhalten eines deutschen Oberkellners in Chicago. Die gesamte amerikanische Presse ist des Lobes voll über das mutvolle Verhalten des deutschen Oberkellners Franz Abler. Abler ist in einem Café in Chicago angestellt. In den frühen Morgenstunden drangen drei Banditen in dieses Lokal, zwangen die anwesenden 400 Gäste mit Pistolen, die Hände hochzuheben und raubten dann Geld und Schmuckstücke. Abler trat dabei den Banditen entgegen und schoß sie nieder.

— „Blutregen“ ist in Albano Mitte März beobachtet worden, der mehrere Stunden lang angehalten hat. Auch aus anderen Orten Italiens und Oesterreichs wird von ähnlichen Erscheinungen berichtet. Der Blutregen enthält feinsten rötlichen Sand aus der Sahara, der oft in großen Mengen durch heiße Luftströmungen oder Wirbelwinde in die oberen Luftschichten emporgehoben und durch Winde Hunderte von Kilometern nordwärts getragen wird. Mehrfach hat dieser Wüstenfand sogar Deutschland erreicht. Tritt dann eine Depression mit Niederschlägen ein, so haben Regen oder Schnee eine rötliche Färbung, eine Erscheinung, die seit dem Altertum als „Blutregen“ bezeichnet wird.

— Auf einer Insel gefangen. Ueber neun Monate ohne jede Nahrungszufuhr. Mit dem Dampfer „Chambord“ ist in Marseille einer der drei Ueberlebenden des Dramas auf der Insel St. Paul im Indischen Ozean angekommen. Es handelt sich dabei um eine Neuaufgabe der Robinsonerzählung, die durch die tragische Wirklichkeit bis zu einem gewissen Grade noch übertroffen wird. Auf der kleinen, kaum 4 qkm großen Insel St. Paul hatte eine französische Gesellschaft eine Konfervenfabrik errichtet und eine Anzahl französischer Arbeiter beschäftigt. Diese Franzosen wollten man durch Indochinesen ersetzen. Man beschränkte die große Mehrzahl ab und ließ auf der Insel lediglich eine Fabrikwache von sechs Franzosen und einem Neger zurück. Unter diesen sieben war ein Ehepaar Drumont. Die Frau erwartete ein Kind. Die für Mai vorigen Jahres borgegebene Versorgung der sieben Wächter mit Lebensmitteln blieb aus. Die Leute mußten nicht weniger als neun Monate und drei Tage ohne jede Nahrungszufuhr bleiben. Die Vorräte wurden bald aufgebraucht, zumal noch ein kleines Feuer ausbrach. Den Bewohnern blieb nichts anderes übrig, als sich von Rattischen und Pinguineneiern zu ernähren. Da aber Obst und frisches Gemüse fehlten, griff der Storbuch die kleine Kolonie an. Das neugeborene Kind starb als erstes Opfer. Es folgte der Neger, dann der Vater Drumont und ein weiterer Franzose. Ein anderer Franzose begab sich auf die Fahrt zum Fischfang, kehrte aber nicht zurück. So blieben noch drei Leute auf der Insel, bis das erste Versorgungsschiff Ende Dezember ankam. Kurz darauf traf auch die indochinesische Arbeiterschaft ein. Zwei der Ueberlebenden mußten zunächst gepflegt werden und sind wiederhergestellt. Der dritte hat die Reise nach Frankreich angetreten und ist jetzt in Marseille angekommen.

„Graf Zeppelin“ wieder in Friedrichshafen

Nächste Fahrt nach Frankfurt a. M.

Friedrichshafen, 13. April. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist von seiner Ägyptenfahrt Montag morgen über seinem Heimathafen eingetroffen. Bei herrlichem Sonnenschein kreuzte das Luftschiff eine Stunde über der Stadt. Die Landung erfolgte bei völliger Windstille glatt und ohne jeden Zwischenfall.

An der Rückfahrt von Ägypten hatten 22 Fahrgäste teilgenommen. Diese Ägyptenfahrt ist in jeder Hinsicht gut gelungen; Fahrgäste und Besatzung sind des Lobes voll. Die nächste Fahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ findet am 26. April nach Frankfurt a. M. statt.

Der große Erdböschwindel.

Beginn des Prozesses in Hannover.

Hannover, 13. April. Nach jahrelanger Voruntersuchung begann vor dem Schöffengericht der sogenannte Erdbösch-Prozeß. Wegen Betruges sind angeklagt Kaufmann Hirsch und Kaufmann Jacobson, beide aus Hannover, Landwirt Lampe und Marktseider und Waller Wiegand, beide aus Goslar, Landwirt Rehbock-Nordgoltern und Reisender Matzold-Hannover.

Sämtliche Angeklagten werden beschuldigt, in den Jahren 1926 bis 1928 leichtgläubige Personen unter Vorpiegelungen falscher Tatsachen zum Erwerb von wertvollen Anteilen an neugegründeten Erdbösch-Unternehmungen veranlaßt und sich dadurch widerrechtlich in die Hunderttausende, ja in die Millionen gehende Vermögensverhältnisse verschafft zu haben, während die Geschädigten teilweise Hab und Gut verloren haben.

